Krakauer Zeitung.

Nr. 253. Dinstag, den 4. November 1862.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Petitzeile für die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Nkr.; Stämpelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung" (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. **Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.**

VI. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Nr. 7503.

Aus Anlaß der in Galizien sich verbreitenden Viehseuche wurde vom k. preußischen Landrathe zu Pleß v. 21. d. Mts. an eine förmliche Grenzsperre zwischen Galizien und Preußen, die sich auch auf den Personenverkehr erstreckte, verfügt, jedoch von der k. preuß. Regierung wieder aufgehoben und der Verkehr über die Landesgrenze nach Preußen, vom 24. d. M. angefangen, in so weit frei gegeben, daß die aus Galizien nach Preußen eintretenden Parteien, wofern sie dem preußischen Grenzamte nicht ohnehin persönlich bekannt sind, sich darüber zu legitimiren haben, daß sie weder einer Ortschaft angehören noch aus einem Orte kommen, wo die Hornviehseuche bekanntermaßen ausgebrochen ist, daß ferner von dem Eintritte nach Preußen noch fernerhin Horn-, Borsten- und Federvieh, so wie rauhes Futter ausgeschlossen bleibt.

Krakau, am 26. October 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchter Entschließung vom 12. October d. J. die Errichtung eines Vereines der Aerzte für Steiermark allergnädigst zu bewilligen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 12. October d. J. die Errichtung eines Vereines zur Förderung der Tonkunst in der Bukowina mit dem Sitze in Czernowitz allergnädigst zu genehmigen geruht.

Der Staatsminister hat den Professor der Mathematik und Nautik an der unteren nautischen Schule in Spalato Jakob Podich über sein Ansuchen in gleicher Eigenschaft an die reactivirte untere nautische Schule in Ragusa übersetzt.

Die königl. ungarische Hofkanzlei hat den disponiblen k. k. Stuhlrichteramts-Adjunkten Joseph Faragó zum wirklichen Concipisten zweiter Classe der königl. ungarischen Statthalterei ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 4. November.

Die Cabinete von Paris und London haben bereits beschlossen, in der griechischen Frage ihren Vertretern identische Instructionen zu ertheilen. Die diplomatischen Fragen können erst zur Verhandlung kommen, nachdem Griechenland mit voller Unabhängigkeit die Form seiner Regierung festgesetzt und die Wahl eines Königs getroffen hat. Dann werden die Schutzmächte oder die europäischen Mächte auf Conferenzen oder auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege entscheiden, ob der neue Zustand in Griechenland anzuerkennen ist. Allem Anscheine nach, erfährt die „Don.-Ztg." von ihrem Pariser Corresp., würde ein Throncandidat aus dem Hause Savoyen die Sympathien und mithin die Unterstützung des Pariser Cabinets nicht haben. Frankreich mit Einschluß der Imperialdemokratie wünscht nicht, daß Italien, welches Triest, Istrien und Südtirol beansprucht, auch auf der andern Seite des adriatischen Meeres sich festsetze. Der Einfluß Frankreichs in Griechenland ist dermalen groß und dürfte den russischen überwiegen. Es liegt vielleicht im Interesse Frankreichs, diesen Einfluß zu consolidiren, indem es die Candidatur eines griechischen Fürsten befördert. Man meint hier, daß auch England gegen eine solche Wahl weniger als gegen jede andere einwenden würde. Gerade mittlerweile wird wohl die Diplomatie am thätigsten sein. Man darf vermuthen, daß Frankreich und Rußland den Wunsch hegen, zu einem Congresse zu gelangen. Aber es würden sich demselben so viele brennenden Fragen aufdrängen, daß er an und für sich die größte Gefahr wäre. Es scheint daher, daß man hier geringe Hoffnung hegt, obigen Wunsch zu verwirklichen. In politischen Kreisen wird bemerkt, Hr. Drouin de Lhuys habe bei der ersten Gelegenheit in so ferne die Probe bestanden, als er aus Anlaß der griechischen Frage die westmächtliche Allianz befestigt und die französische Protection der Türkei erneuert.

In Betreff der Ausdehnung der Bewegung, schreibt man der Donau-Zeitung über die griechische Frage aus Paris, scheint die französische Regierung mit England die strengste Localisirung und die Vermeidung einer orientalischen Krise zu wünschen. Es mag jedoch der Unterschied bestehen, daß England diesen Wunsch selbst mit den Waffen bethätigen will, Frankreich hingegen sich mehr auf eine scharfe und abmahnende Beobachtung der Ereignisse beschränkt. Auf diesem Felde könnten die russischen Tendenzen, welchen auch die sardinische Regierung jedenfalls nicht fremd ist, eine gewisse Rolle spielen. Was den Throncandidaten anbelangt, so scheint Frankreich der Wahl eines griechischen Fürsten, nach dem Beispiele des Obristen Cusa, nicht abgeneigt zu sein und man erwartet von England keine Einwendung dagegen. Aber man sieht voraus, Rußland werde auch diesen Act nicht erleichtern und vereinfachen. In dieser Voraussicht denkt man vielleicht hier schon daran, die Conferenzen der drei Garanten Griechenlands durch Zuziehung der übrigen Großmächte zu verstärken und auf diesem Wege zu einem Congresse zu gelangen. Gewinnt der griechische Aufstand Ausdehnung und einen aggressiven Character, so tritt der Friedensvertrag von 1856 ein und die Frage gelangt an die Competenz der unterzeichnenden Mächte, welche den Bestand der Türkei garantirt und sich jede vereinzelte Intervention untersagt haben. Auch auf diesem Wege könnte man zu einem Congresse gelangen, dessen Zusammensetzung und genau begränztes Programm wohl auch Schwierigkeiten veranlassen würden. Vorerst gebührt das Wort den Ereignissen. Die türkische Diplomatie scheint jedoch schon bezüglich der Eventualitäten einer orientalische Krise beunruhigt worden zu sein.

Der „France" zufolge werden Frankreich, England und Rußland die Regierungen von Oesterreich, Preußen, der Türkei, von Italien und Spanien zu einem Congreß wegen Griechenland einladen. König Otto hat den Unterzeichnern des Vertrages von 1832 einen Protest behändigt.

In diplomatischen Kreisen, heißt es in einem Pariser Schreiben der „FPZ.", gibt man sich den Anschein, als ob man von den Vorfällen in Griechenland keine ernsten Complicationen befürchte. Aufrichtiger oder scharfsichtiger hegt dagegen die Speculation wegen dieser Vorgänge große Besorgnisse. Mit Recht fragt man, was an die Stelle der von den Schutzmächten Griechenlands eingesetzten Dynastie treten soll, und welches die Haltung der Mächte gegenüber den Gelüsten Rußlands, den Herzog von Leuchtenberg auf den griechischen Thron zu setzen, sein wird. Und wenn man nach dem Princip der Nichtintervention das griechische Volk gewähren ließe, wenn einer der Männer, welche sich an die Spitze der Revolution gegen den König Otto stellten, zum Souverän gewählt würde, würde eine solche Regierung nicht die Wiederherstellung des byzantinischen Reichs an die Spitze ihres Programms stellen müssen und Konstantinopel als Hauptstadt fordern, wie die Italiener nach Rom verlangen? Kann England, welches so große Stücke auf die Jonischen Inseln hält (für deren Vereinigung mit Griechenland bereits in Athen eine Adresse unterzeichnet wird) dies zugeben, wofern man nicht etwa dem Gerüchte einiges Gewicht beilegen will, daß der englische Prinz Alfred eine Candidatur für den hellenischen Thron sei? Sicher nicht. Man muß, um einigermaßen klar in dieser Angelegenheit zu sehen, erst nähere Nachrichten abwarten; so viel scheint jedoch gewiß, daß diese Vorfälle in innigem Zusammenhange mit der gescheiterten Garibaldischen Bewegung in Italien stehen, und daß die Voraussicht dieser revolutionären Zuckungen maßgebend war für die Energie, mit welcher der Kaiser Napoleon den Ansprüchen der italienischen Unitaristen nach so langem Zaudern endlich entgegentrat.

In Turin war am 26. v. mit ziemlicher Consistenz das Gerücht verbreitet, die Regierung beabsichtige den Staatsrath Lafarina, den man noch vor wenigen Tagen als zukünftigen Minister des Innern nannte, nach Griechenland zu senden, um auf die Entschlüsse der demnächst zusammenzutretenden Constituante zu Gunsten des Herzogs von Aosta zu wirken. Ich weiß zur Stunde noch nicht, schreibt man der „Ostd. P.", was an dem Gerüchte Wahres und was Falsches daran ist; aber halten Sie sich überzeugt, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um eine Idee zu verwirklichen, die schon längst die Träume unseres Cabinets erfüllen, nnd vom seligen Grafen Cavour bereits mit Vorliebe gehegt wurde. Vermuthlich wird ein solcher Plan zu Wasser, aber er ist bezeichnend für die Hast, mit welcher Italien sucht, um jeden Preis einen Anhaltspunct im Orient zu gewinnen.

Ueber die Candidatur eines italienischen Prinzen um den griechischen Thron wird der „K. Z." aus Turin geschrieben: „Wenn auch ein offiziöses Organ, wie die „Discussione", die Meinung äußert, die griechische Revolution werde durch die Erhebung des Herzogs von Aosta auf den hellenischen Thron beendigt werden, so denkt doch die Regierung nicht im Entferntesten daran, jetzt in Athen dynastische Politik zu treiben. Vielmehr hat sie Herrn Mamiani (dem italienischen Gesandten in Athen) sehr gemessene Instructionen zugehen lassen, welche an unparteiischer Loyalität nichts zu wünschen übrig lassen."

Ueber die Männer, welche das Ministerium der provisorischen Regierung in Griechenland bilden, schreibt man der „Ostd. P." aus Triest, 30. v. M., unter Anderem: Man war unter den hiesigen Griechen ziemlich überrascht, meist Namen von Männern zu lesen, die nicht zur extremen Partei gehören. Zacinis war bereits zweimal Minister des Aeußeren und Präsident der Kammer und wurde zur liberal-conservativen Partei gezählt; er erhielt das Portefeuille des Innern. Manghinas war auch schon einmal Justizminister, Senator und gehörte zur Opposition im Senate, wurde ebenfalls zu den gemäßigten Liberalen gezählt; jetzt ist er Finanzminister. Demetrius Mauromichalis ist Oberstlieutenant und war einmal Adjutant des Königs; man zweifelt, daß er der Leitung des Kriegsministeriums gewachsen sei. Diamantopulos, ein sehr geschickter Advocat, war in das Complot vom Mai 1861 verwickelt und verhaftet, wurde aber später freigelassen; man zählt ihn zu den Exaltirten; er hat das Portefeuille des Aeußeren übernommen. Deligeorgi, ebenfalls ein renommirter Advocat, war Deputirter für Missolunghi und auch in das Complot von 1861 verwickelt, verhaftet und freigesprochen; er ist Minister des Cultus. Kalifrona, ein wohlhabender Athener, war schon einmal Minister, als Deputirter gehörte er zur Opposition; man wundert sich jedoch über seine Anstellung als Marineminister. Komunduros war früher einmal Finanzminister und hat jetzt das Portefeuille der Justiz angenommen. Italienische Blätter sehen in den griechischen Ereignissen die Morgenröthe der Lösung der orientalischen Frage; es ist jedoch wahrscheinlicher, daß sie, wie es die montenegrinische that, jene Lösung nur verzögern oder ihr eine Wendung geben können, die gar nicht im griechischen Sinne wäre. Die griechische Bewegung hat ihre Rechnung ohne den Wirth gemacht. Einen Kenner der grichischen Zustände hörte ich äußern, es wäre das Beste, dem Fürsten Ypsilanti die griechische Krone zu überlassen, damit nicht wieder ein fremder Fürst der fides graeca aufgeopfert werde.

In der italienischen Frage, schreibt man der K. Z. aus Paris, 31. v. M., gibt sich mehr und mehr der durch Drouyn de Lhuys in Amt und Würde eingeführte Einfluß kund. Hr. Drouyn de Lhuys soll dem päpstlichen Nuntius erklärt haben, daß die französische Regierung die letzte von Hrn. v. Lavalette dem Cardinal Antonelli überreichte Depesche zurückziehe. Gefälliger kann man wohl unter den bestehenden Verhältnissen nicht sein. Auch soll die Antwort auf die bekannte Durando'sche Circular-Depesche von hier abgegangen sein. Man erklärt darin ganz einfach, daß die Gründe, welche Frankreich nach Rom geführt haben, es auch heute noch bestimmen, dort zu bleiben. Dadurch widerlegt sich hinlänglich das an und für sich sehr unglaubwürdige Gerücht, daß Hr. Nigra die Erklärung hier abgegeben habe, die Depesche des Generals Durando möge als „nulle et non avenue" angesehen werden.

Ratazzi hat bereits sein Programm ausgearbeitet, mit dem er am 18. November vor die Kammer treten will. Mehrere einflußreiche Deputirte sind auch schon darin eingeweiht und haben ihm unter gegebenen Umständen ihre Unterstützung zugesagt. Dazu gehört der Marquis Cavour, Alfieri, Mancini, Massari u. A. — Ratazzi wird, wie die „Ostd. P." versichert, wiederholt betheuern, daß alle diplomatischen Mittel versucht werden, um Rom zu erhalten, daß aber mittlerweile die Hauptaufmerksamkeit der Regierung der Verbesserung der Finanzen, des Staatscredits, dem Abschluß von Handelsverträgen, der Befestigung der Administration und vor Allem der Reform und Erhöhung der Armee und Marine zugewendet bleiben wird. Nachdem wird Ratazzi klar und einfach die Ereignisse, die zur Katastrophe von Aspromonte führten, darlegen, und die Vertrauensfrage stellen.

Die Darlegung der Lage, welche Ratazzi der Kammer zu geben beabsichtigt, wird in Form einer längeren Denkschrift auftreten. Gleichzeitig wird den Abgeordneten ein Blaubuch vorgelegt werden, welches neben den bekannten auch ein bisher noch nicht veröffentlichtes höchst wichtiges Actenstück zur römischen Frage enthalten dürfte. In Folge von Nigra's Berichten fängt man nach der Turiner Corresp. der „K. Z.," an, der Ankunft des neuen französischen Gesandten mit Ruhe entgegen zu sehen; die Instructionen desselben werden einen für Italien ganz freundschaftlichen Charakter tragen, und es wäre sogar möglich, daß er einen eigenhändigen Brief des Kaisers an Victor Emanuel mitbrächte. Nur darf man sich über Frankreichs wahre Gesinnung in Bezug auf Rom nicht in falsche Sicherheit wiegen. Auch sei schwerlich der von einem großen Theile der Turiner Presse zur Schau getragene Optimismus ernst gemeint.

Aus Rom, 25. Oct., schreibt man dem „Botsch." „Es braucht wohl nicht erst ausdrücklich gesagt zu werden, daß die Ernennung des Herrn Drouin de Lhuys zum französischen Minister des Auswärtigen und die des Prinzen De La Tour d'Auvergne zum Nachfolger Lavalette's den römischen Hof mit ausnehmender Befriedigung erfüllt. Dies ist aber nicht der Fall, weil etwa der neue Minister, gleich dem neuernannten Gesandten, als ein eifriger Anhänger des heiligen Stuhles bekannt wäre, vielmehr schreibt man ihm in religiöser Beziehung eine so ziemlich indifferente Gesinnung zu, sondern vielmehr, weil man ihn als einen entschiedenen Gegner der italienischen Unitätsideen kennt und als einen Staatsmann, der das Bestehen des „Papst-Königs" in Italien für eine unbedingte Nothwendigkeit für Frankreich versicht. Es ist dies das Urtheil der römischen Curie über Drouin de Lhuys, und hinreichend dürfte constatirt sein, daß die Kenntniß Roms bezüglich der hervorragenden Staatsmänner in Europa eine äußerst genaue ist. Man wird aus diesen Gründen auch in den weitern Verhandlungen mit dem Tuileriencabinete einen andern Ton gegen Drouin als gegen Thouvenel einschlagen, nicht weil man etwa jetzt zu Transactionen geneigter wäre als bisher, sondern eben deshalb, weil man von vornherein überzeugt ist, daß eine Transaction im eigentlichen Sinne sich mit dem Programm des neuen Ministers gar nicht verträgt. Derselbe wird nicht darauf bestehen, vom römischen Stuhle nach der Ansicht des Letzteren unmögliche Zugeständnisse zu fordern, eben darum aber, und dann weil durch die Beseitigung von Personen, denen der römische Hof kein Vertrauen schenkte, ein großes Hinderniß beseitigt ist, wird man in allem Möglichen bis zur äußersten Grenze der Fügsamkeit gehen. Die Beziehungen zwischen dem römischen Stuhle und dem Tuileriencabinete werden überhaupt eine veränderte Gestalt annehmen, und darum halte ich es für gar nicht unwahrscheinlich, daß diejenigen römischen Staatsmänner, welche als die Träger des bisherigen Systems angesehen werden, nunmehr bei Seite treten.

Seit Ernennung des Hrn. Drouyn de Lhuys soll sich, wie die France meldet, die Situation in Rom wesentlich gebessert haben. Die päpstliche Regierung zeige sich den auf etwa einzuführende Reformen bezüglichen Eröffnungen zugänglicher.

In Kopenhagen laufen den H. N. zufolge Gerüchte über eine bevorstehende Regierungsveränderung von Mund zu Mund und werden jetzt von vielen geglaubt, welche vor vier Wochen nur mit einem ungläubigen Lächeln darauf gehört haben würden. „Fädrelandet" kann von diesen Gerüchten nicht viel mehr sagen, als das Dasein derselben bekräftigen. Die Hauptstütze des jetzigen Ministeriums, sagt das Blatt, sei die Furcht vor den Nachfolgern, aber diese hätte doch zur Zeit viel an Bedeutung verloren, weil die allgemeine Meinung die Situation als verzweifelt ansehe. Die Hoffnungen, welche sich an Lehmann's Eintritt ins Ministerium geknüpft hätten, seien bitter getäuscht worden, aber dennoch sei es („Fädrelandet") zurückhaltenb gewesen, weil es die Gefahren einer inneren Krise für zu groß und die Wahrscheinlichkeit, etwas dadurch zu gewinnen, für zu gering gehalten. Jetzt sei es indeß ganz unmöglich die Geduld länger zu bewahren, wenn nicht unmittelbar nach der Rückkehr des Königs etwas geschehe, welches Aufklärung über die Politik des Ministeriums und einige Beruhigung für die Zukunft gebe.

In der schleswig-holsteinischen Frage meldet die Berliner „C. S." nach einem Londoner Privatbriefe, daß Lord Russell die Absicht haben soll, seinen vorjährigen Vorschlag auf Zusammenberufung einer europäischen Conferenz zur Regelung des deutsch-dänischen Conflicts, was insbesondere das Herzogthum Schleswig betrifft, schon in der allernächsten Zeit zu wiederholen. Die Einladung dazu soll aber nicht an die Unterzeichner des Londoner Protocolles vom 8. Mai 1852, also namentlich nicht an Schweden, sondern nur an die fünf Großmächte ergehen. In London scheint man sich der Hoffnung hinzugeben, daß die deutschen Großmächte und namentlich Preußen den Vorschlag nicht wieder, wie im vorigen Jahre geschehen, zurückweisen werden.

Ein in Constantinopel am 22. Oct. eingelaufenes Telegramm meldete einen mörderischen Angriff der Montenegriner auf die Türken; doch ward beige-

fügt, es sei dies nur ein vereinzelter, von dem Willen des Fürsten unabhängiger Act gewesen.

In der französischen Presse macht eine A. Trognon unterzeichnete Arbeit über den nordamerikanischen Krieg im letzten Heft der Revue des deux Mondes das außerordentliche Aufsehen. Der Autor soll der Herzog v. Aumale sein, und eines der dabei benützten Tagebücher das des Grafen von Paris. Es ist von verschiedener Seite aus dem Unterschied in dem Güterleben der Nord- und der Süd-Staaten der Union die Nothwendigkeit einer Trennung der Sklavenstaaten von den freien Staaten abgeleitet worden. Gerade dieser Unterschied hat den Krieg hervorgerufen, und eine Beilegung ist nach dem Urtheil der Gegenpartei nur durch die Vernichtung eines der beiden Theile möglich. Bei einer Trennung, wo nothwendig jeder Sclave, welcher den Boden der freien Staaten betreten würde, von dem Gesetz Schutz gegen jede Verfolgung zu erwarten hätte, wäre ein fortwährender Conflict unvermeidlich. Wo der Verkehr ein so inniger, die Nachbarschaft eine so unmittelbare ist, kann ein solcher Gegensatz nicht friedlich neben einander bestehen. Der offenbar über die Verhältnisse gut unterrichtete Autor der Revue de deux Mondes theilt diese Ansicht. Die alte Union wird endgiltig aus dem Krieg hervorgehen, entweder zum Vortheil oder zum Nachtheil der Sclaverei. Die Arbeit geht des Näheren auf die Kriegführung ein und weist nach, daß die freien Staaten hauptsächlich wegen der Zerrissenheit des Oberbefehls das Ziel des Kriegs, die Unterwerfung des Südens, noch nicht erreicht haben. Von den drei Aufgaben, welche zur Besiegung der Sclavenstaaten gelöst werden mußten, sind zwei gelöst: die Blokade der Küste, die Eroberung und Besetzung der Binnen-Wasserlinien, und zwar durch die außerordentliche Energie der Einzelnen. Die dritte Aufgabe, die Eroberung Richmonds, wurde verfehlt, hauptsächlich durch die Schuld des Präsidenten, welcher M'Clellan häufig im entscheidenden Augenblick der Kräfte beraubte und ihm keine Vereinigung derselben gestattete.

†† Krakau, 4. November.

Das Amtsblatt der Lemberger Zeitung vom 3. d. enthält eine Kundmachung der k. Statthalterei, welche die Modalitäten der Heeresergänzung für das Jahr 1863 feststellt. Das Contingent für Galizien mit Krakau beträgt, wie im v. J. 12,115 Mann und werden hiezu die Altersklassen von 1842, 1841, 1840, 1839 und 1838 einberufen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Die Staatsvoranschläge für Lotto, Telegraphenbetrieb, Münzwesen und Tabak pro 1863 waren die Gegenstände der Tagesordnung vom 29. v. M. des Finanzausschusses pro 1863. Den 1. Gegenstand anlangend, betragen die Einnahmen 16,853,770 fl. und die Ausgaben 10,819,410 fl. Der Ueberschuß pr. 6,034,400 fl. wurde als richtig gestellt anerkannt. Bezüglich des 2. Gegenstandes wurde dem Antrage des Referenten, das Ergebniß des Telegraphenbetriebes mit der Position der Einnahme pr. 2,220,660 fl. und der Ausgabe pr. 1,678,804 fl., sonach des sich hieraus ergebenden Ueberschusses pr. 541,660 zu genehmigen, Folge gegeben. Betreffend den dritten Gegenstand, wurde der Ueberschuß mit 90,427 Gulden (Empfang 17,000,794 fl., Ausgabe 17,091,221 fl.) genehmigt. Als Referent für sämmtliche Gegenstände fungirte der Herr Reichsrathsabgeordnete Schlegel. Bei dem Staatsvoranschlage über das Tabakgefälle, worüber der Herr Reichsrathsabgeordnete Dr. Stamm referirte, ist der Ueberschuß pr. 30,901,500 fl. (Einnahme 57,734,900 fl., Ausgabe 26,833,400 fl.) genehmigt worden. In Betreff der in suspenso gelassenen Post „General-Inspection der Eisenbahn" bei der Centralleitung des Handelsministeriums, wurde der Kostenaufwand mit 22,000 Gulden festgestellt.

In der Sitzung vom 30. des Finanzausschusses pro 1862 referirte Herr Dr. Herbst in Folge des vom Abgeordnetenhause bei der Debatte über die Bankacte gefaßten Beschlusses über die hiedurch nothwendig werdenden Aenderungen der §§. 4 und 6 des Uebereinkommens und der §§. 10 und 11 der Statuten. Die Aenderungen wurden angenommen. Ueber Antrag des Berichterstatters über den Staatsvoranschlag des Hofstaates pro 1863, Herrn Baron Tinti, ist hierauf der Beschluß gefaßt worden, auch beim Hofstaate die Unterscheidungen zwischen ordentlichem und außerordentlichem Erforderniß festzuhalten und die Rubriken des Hofstaates als Abtheilungen zu behandeln, rücksichtlich deren keine Uebertragung zulässig ist.

Großdeutsche Versammlung in Frankfurt.

Wir vervollständigen den schon telegraphisch bekannten Verlauf der großdeutschen Versammlung in Frankfurt durch nachstehenden eingehenderen Bericht.

Die Plenarsitzung vom 29. October war ebenso zahlreich besucht wie die erste. Dasselbe gilt von den Zuhörern in den Logen und auf den Galerien. Der Präsident Ministerialrath Dr. Weis leitete die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen ein. Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Soll ein großdeutscher Verein gegründet werden?" erstattet Freiherr von Barnbühler den Commissionsbericht. Demselben ist zunächst zu entnehmen, daß der vorgelegte Statutenentwurf von der Commission sehr wesentlich, namentlich in Beziehung auf den Zweck des Vereines, geändert worden ist. Ferner hält es die Commission nicht für angemessen, daß die Versammlung als solche die Statuten berathen solle. Es wird sodann der Vorschlag gemacht und angenommen: es solle sich aus der Versammlung heute noch ein Verein constituiren, dem dann die Berathung des von der Commission vorgelegten Statutenentwurfes überlassen bleiben solle. Dieser Entwurf lautet:

§. 1. Zweck des Vereines ist zunächst, die Reform der deutschen Verfassung nach Kräften zu fördern. Der oberste Grundsatz ist, Erhaltung der vollen Integrität Deutschlands und Bekämpfung jedes Bestrebens, welches die Ausschließung irgend eines Theiles von Deutschland zum Zweck oder zur Folge hätte.

§. 2. Der Beitritt zu dem Verein wird durch Unterzeichnung der Vereinsstatuten erklärt und die Beitretenden verpflichten sich, dem Verein weitere Mitglieder zu werben und in ihren Kreisen die Bildung von Zweigvereinen auf Grund dieses Statutes sich angelegen sein zu lassen.

§. 3. Jedes Mitglied verpflichtet sich zur Entrichtung eines vorauszubezahlenden Jahresbeitrages von einem Vereinsthaler.

§. 4. Die Leitung der Vereinsangelegenheiten ist einem Ausschusse von vorerst 24 Mitgliedern übertragen, welcher sich nach Bedarf aus den Organen der Zweigvereine verstärken kann.

§. 5. Dieser wählt einen Vorsteher und einen engeren geschäftsführenden Ausschuß von 6 Mitgliedern.

§. 6. Dem engeren Ausschuß bleibt überlassen, einen Schriftführer und Kassier zu bestellen. Schriftführer und Kassier erhalten angemessene Bezahlung. Ausschußmitglieder werden für ihre Auslagen entschädigt.

§. 7. Die Abtheilung der Geschäfte zwischen dem weiteren und engeren Ausschuß ist eine Befugniß des weiteren Ausschusses.

§. 8. Der weitere Ausschuß verfügt über die Geldmittel des Vereins gegen Rechnungsablage und Verantwortung gegenüber der Generalversammlung des Vereins.

§. 9. Eine Hauptaufgabe der Vereinsführung ist, durch die Presse für die Zwecke des Vereins zu wirken.

§. 10. Jedes Jahr findet eine regelmäßige Vereinsversammlung statt; außerdem steht dem Ausschusse zu, außerordentliche Versammlungen zu berufen.

§. 11. Der nächsten Generalversammlung bleibt die Revision dieser Statuten vorbehalten.

Die Redner, welche sich für die Discussion des Statutenentwurfes haben einschreiben lassen, werden aufgerufen; mehrere verzichten auf's Wort.

Prof. Scheurl von Erlangen betritt zuerst die Rednerbühne, um in einem längeren Vortrag das Verhältniß des deutschen Reformvereins zum Nationalverein klarzustellen. Seine Rede schließt mit den Worten:

„Ueber unser Verhältniß zu den Regierungen habe ich noch zu sagen, daß wir mit ihnen gehen werden, soweit sie die Sache des Vaterlandes, des Volkes und der Freiheit zu der ihrigen machen. Aber dafür wollen wir keine Begünstigung von ihnen, unser Kampf sei ein ernster, offener und ehrlicher."

Dr. Barth aus Freiburg erklärt sich gegen einige Aussprüche des Vorredners bezüglich des Reformvereines zu anderen Parteien und glaubt, daß in dem Reformverein alle politischen Richtungen unter Festhaltung des einigen Deutschlands friedlich und freundlich nebeneinander stehen könnten, nur zwei Parteien nicht, nicht die Männer des omnipotenten Freistaates und die nicht, deren Zweck es ist, Deutschland zu zerreißen. (Bravo.)

Allgemeiner Jubel entstand, als Prof. Dr. Wildauer die Rednerbühne betrat. Der Redner schreibt diesen Beifall dem Umstand zu, daß er beim Schützenfest der in der Versammlung herrschenden Ueberzeugung und Gesinnung zum Organ gedient habe (wiederholter Beifall) und entwickelt sodann eine Reihe, theilweise glänzender Gedanken über die Aufgabe und Ziele des zu bildenden Reformvereins. Er hält namentlich dem erhabenen Bilde von einem großen und einigen Deutschland die „kleindeutsche Karrikatur" entgegen usw. und spricht die Hoffnung aus, daß man sich mit ganzer Seele der großen Aufgabe des Vereins hingeben werde, um so mehr, als das Schützenfest in Frankfurt, der Juristentag in Wien und das Künstlerfest in Salzburg die unwiderleglichsten Zeugnisse seien, daß der großdeutsche Gedanke im Volke lebendig und sein Sieg keine leere Hoffnung sei 2c. Die ziemlich umfangreiche Rede wurde mit Enthusiasmus aufgenommen, die sich bei den Schlußworten: Unser Prinzip heißt:

> Das ganze Deutschland soll es sein!
> O Gott im Himmel sieh darein!

zu einem Beifallssturme steigerte.

Michelis, Pfarrer aus Münster, dankte der Versammlung für den Geist der Versöhnnng, der in ihr gewaltet habe. Dieser Geist habe es ihm, dem Preußen, möglich gemacht, daß er ohne Verletzung seiner Pflichten und seiner Stellung habe bleiben können. Redner beantragt, daß im Hinblick auf diese versöhnliche Haltung der Versammlung recht bald wieder eine Generalversammlung stattfinden möge, dann werde die Theilnahme noch eine viel größere sein, namentlich aus Preußen, wo man, offen gestanden, ein gewisses Mißtrauen gegen die Versammlung gehegt, das aber jetzt durchaus keinen Grund mehr habe. Ein stürmischer Beifall brach bei den Schlußworten des Vortrages aus, die ungefähr wörtlich lauten:

„Verwechseln wir nicht die augenblickliche preußische Politik mit dem preußischen Volke. Die Zeit seiner gedrückten Stellung ist vorbei, der Wahn beginnt zu schwinden, daß man dieses Volk auf Wege führen könne, die mit Jena enden. Der großdeutsche Verein ist kein Feind Preußens. Preußen hat wie jeder Mensch einen guten und einen bösen Genius; die Aufgabe des großdeutschen Vereins ist es vielleicht in dieser Stunde, der gute Genius Preußens zu sein." (Anhaltender Jubel.)

In Bezug auf Wildauers Ansichten über die kleindeutsche Politik betritt Heinrich v. Gagern (lebhaft empfangen) die Rednerbühne und führt im Gegensatz zu Wildauer aus, daß die kleindeutsche Politik im Jahre 1848 und so lange eine Berechtigung gehabt habe, als Oesterreich noch nicht erklärt hatte, sich Deutschland zu nähern; früher habe Oesterreich für seine fremden Besitzungen nicht einmal eine ideale Theilungslinie zulassen wollen. Diese Politik habe man aufgegeben und damit sei allerdings das Großdeutschthum gerechtfertigt und damit auch die Aenderung seiner politischen Ansichten.

Hierauf schritt man zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung, zu dem gestern von Moriz Mohl eingebrachten Antrag. Derselbe lautet wörtlich:

In Beziehung auf die Zoll- und Handelsverhältnisse spricht die Versammlung ihre Ansicht dahin aus:

1. erklärt sie sich mit der Ablehnung des Handelsvertrages mit Frankreich vollständig einverstanden und ist

2. der Ueberzeugung, daß an dem Rechte Oesterreichs und des Zollvereines auf die Aufnahme Oesterreichs in den Zollverein festzuhalten ist;

3. daß eine etwaige Revision des Zollvereins-Tarifes so wie die Erneuerung des Zollvereines nur unter gemeinschaftlicher Verhandlung mit Oesterreich zu bewirken ist;

4. daß dabei der Schutz der deutschen Arbeit unverrückt im Auge zu behalten ist.

Die Commission, an welche der Antrag zur Begutachtung überwiesen war, hatte folgende Aenderung vorgeschlagen.

Die Versammlung spricht in Bezug auf die Zoll- und Handelsverhältnisse Deutschlands ihre Ansicht dahin aus: 1. erklärt sie sich mit der von mehreren Zollvereinsregierungen erfolgten Ablehnung des Handelsvertrags mit Frankreich vollständig einverstanden, und ist der Ueberzeugung, 2. daß auf die Aufnahme von Gesammtösterreich in den Zollverein hinzuwirken ist, 3. daß eine Revision des Zollvereinstarifs nur unter Verhandlung mit Oesterreich zu erwirken ist. 1. Dr. Benedikt aus Wien. 2. Hardtmuth aus Budweis (Böhmen). 3. v. Kerstorf aus Augsburg. 4. Freiherr v. Lerchenfeld aus Baiern. 5. Moriz Mohl aus Stuttgart. 6. Neufferr aus Regensburg. 7. Regenauer aus Karlsruhe. 8. Baron Riese-Stallburg aus Prag. 9. Frekherr v. Rössing aus Hannover. 10. Schäffle aus Tübingen. 11. Freiherr v. Barnbühler aus Württemberg. 12. Witte ans Hannover. 13. Freiherr v. Wydenbrugk aus Weimar. 14. v. Zehmen aus dem Königreich Sachsen, was Punkt 1 betrifft, mit Rücksicht auf die neuerlichen Erklärungen Oesterreichs.

Nach kurzer, um nicht zu sagen ohne Debatte, wurde der Antrag in der Fassung der Commission mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität angenommen.

Dr. Löwenstern aus Hanau beantragt, das Programm von gestern an alle deutschen Volksvertretungen zu senden mit der Aufforderung zur Nachfolge. Dr. Auerbach für den Antrag, weil man es nicht unterlassen dürfe, das Herz des Volkes in politische Begeisterung, die Mutter der politischen That, zu versetzen. Freiherr v. Lerchenfeld hält den Antrag für überflüssig und für nicht entsprechend der Stellung, die man hier habe. Auf v. Gagerns Antrag geht man mit großer Mehrheit zur Tagesordnung über.

Pfarrer Michelis aus Münster beantragt, mindestens binnen einem halben Jahr eine zweite Versammlung zu veranstalten. Der Erfolg dieser Versammlung werde manche Preußen und Oesterreicher neu heranziehen. v. Wydenbrugk gibt anheim, den Antrag bis in die Versammlung des Vereines zu vertagen; worauf Michelis seinen Antrag zurückzieht.

Ulrichs von Frankfurt trägt unter Schlußrufen eine Theorie über die Möglichkeit vor, die Schwierigkeit „wissenschaftlich" zu lösen, die in Deutsch-Oesterreichs Zusammenhang mit fremden Provinzen liege. Der Redner gibt sich der Hoffnung hin, es bedürfe nur des Bekanntwerdens seiner Theorie im Nationalverein, um diesen zu veranlassen, seinen eventuellen vorläufigen Verzicht auf Deutsch-Oesterreich zu streichen. Hofrath Buß warnt vor Einmischung in die österreichischen Verfassungsverhältnisse, worauf Ulrichs seinen Antrag zurückzieht.

Der Präsident macht bekannt, daß Herr Senator Bernus die Versammlnng auf heute Abend zu sich eingeladen habe, dankt dem Localcomité und dem Bureau, insbesondere Herrn Senator Bernus (die Versammlung erhebt sich), und vindicirt das Urtheil über die Verhandlungen dann dem deutschen Volke. Er verlasse Frankfurt in dem Vertrauen, daß man zum Wohl und Segen des Vaterlandes in Frankfurt getagt habe. Es habe sich gezeigt, daß es mit Deutschland nicht so schlimm stehe, wie seine Feinde hofften und wünschten. (Beifall.) Wo noch so viel Gemeinsinn sei, da sei auch eine Zukunft. Auch habe die Versammlung gezeigt, daß der vielbesprochene große Riß zwischen Nord und Süd nicht bestehe — Beweis namentlich der Beschluß über den Handelsvertrag. Man dürfe daher hoffen, ganz Deutschland werde beisammen bleiben. Das große einige Deutschland lebe hoch! (Die Versammlung stimmt dreimal ein.) Ein dreifaches Hoch auf den Präsidenten antwortet.

Die öffentliche Sitzung ist damit geschlossen. Der Verein wird vertraulich constituirt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. November. Der Herr Erzherzog Rainer ist über die Feiertage nach Görz abgereist, um seine dort befindliche Gemalin abzuholen. Der Herr Erzherzog Ernst ist nach Laibach abgereist.

Das am 4. Nov. eintretende Namensfest Ihrer Maj. der Kaiserin Witwe Carolina Augusta wird von Seite der verschiedenen unter Allerhöchstihrem Procurate stehenden Wohlthätigkeits-Anstalten durch feierlichen Gottesdienst begangen werden.

Se. k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Rainer haben am 28. d. M. in Triest Se. Exzellenz den Herrn Marineminister mit einem Besuche beehrt, und sind später nach Wien zurückgekehrt.

Der k. russische Gesandte, Herr v. Balabin, ist von Dresden zurückgekehrt. Der k. griechische Gesandte, Herr Baron v. Sina, wird gutem Vernehmen nach sein Amt niederlegen. Fürst Lubomirski ist von Rußland hier angekommen.

Se. Maj. der Kaiser haben befohlen, daß das 8. Küraßier - Regiment Prinz Karl von Preußen auf Grund der demselben im Jahre 1619 verliehenen Privilegien, worunter auch dasjenige zählt, welches besagt, daß das Regiment die Versicherung habe, niemals reducirt oder aufgelöst zu werden, durch die jüngst angeordneten Reducirungen in der Cavallerie nicht betroffen werden dürfe, und in seinem bisherigen Stande fortzubestehen habe.

Das k. k. Kriegsministerium hat für das Geniecorps die Anschaffung eines Genie-Parkes mit einem Kostenaufwand von 30,000 fl. genehmigt.

Mit dem 1. November d. J. beginnen im lombardisch-venetianischen Königreiche die Vorbereitungen für die Militärstellung des Jahres 1863. Das Contingent für diese Provinzen wurde mit 6417 Mann festgestellt. Man hofft, dasselbe schon mittelst der drei ersten Altersklassen zu decken, da die Emigration gänzlich aufgehört hat und im Gegentheile sehr viele militärpflichtige Emigranten in ihre Heimath zurückgekehrt sind.

Deutschland.

Wie nach der Berliner M. Z. verlautet, soll man an die Wiederberufung des Herrn von Manteuffel zur Uebernahme der Regierungsleitung denken, im Fall es dem Minister-Präsidenten v. Bismarck-Schönhausen nicht bald gelingt, eine Ausgleichung zwischen Volk und Krone herbeizuführen.

Die „N. Preuß. Ztg." meldet: „Den im Laufe des Monats November einzuberufenden Provincial-Landtagen wird auch der bisherige ministerielle Entwurf einer Kreisordnung vorgelegt werden."

Bis zur Stunde ist, berichtet die Berliner Montagsztg., über die Landtagsvorlagen, welche in der nächsten Session erscheinen sollen, noch Nichts festgestellt. Doch hört man seit einigen Tagen, daß die Regierung gesonnen sei, eine möglichst versöhnende Haltung einzunehmen. Die Einbringung des Indemnitätsgesetzes wird allseitig als gewiß betrachtet; auch will man allen Ernstes mit der Erhöhung der Beamten-Besoldung vorgehen.

Die Berliner Sternzeitung vom 30. v. M. empfiehlt aufs wärmste eine patriotische Vereinigung, auf deren Boden sich alle Conservativen zusammenfinden sollten. Gegen die Unterzeichner des Aufrufs vom 24. Octbr. sind Strafmandate ergangen.

Der „A. A. Z." wird aus Berlin geschrieben: „Die Einberufung des Landtages wird innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist erfolgen, aber nicht früher. Man ist zur Zeit auf das eifrigste mit der Umarbeitung des Budgets für 1863 beschäftigt, und es heißt, daß dabei auf alle nur irgend zulässigen Ersparungen Rücksicht genommen werde. Auch will die Regierung dem in der letzten Session gegebenen Versprechen nachkommen und dem Landtage eine Vorlage machen, durch welche die Frage der Heeres - Reorganisation endlich ihren gesetzlichen Abschluß finden würde. Außerdem will sie auch in so weit den Wünschen des Landes gerecht werden, daß sie vermittels einer massenhaften Beurlaubung zu einer thatsächlichen Herabsetzung der Dienstzeit auf zwei Jahre gelangt. Weitere Zugeständnisse aber sind von dieser Regierung nicht zu erwarten, am wenigsten das Zugeständniß einer gesetzlichen Fixirung der Dienstzeit auf zwei Jahre.

In der Bundestagssitzung am 30. Oct. wurde die Abberufung des dänischen Gesandten v. Bülow und zugleich die Ernennung seines Nachfolgers in der Person des Hrn. v. Dirckinck-Holmfeldt angezeigt. Der Ausschuß für das Bundesgericht erstattete einen Vortrag, welcher mit dem Antrage schießt, daß die Commission für Obligationenrecht am 5. Jänner in Dresden sich zusammenfinden möge. Die Abstimmung über diesen Antrag wird in 14 Tagen erfolgen.

Wie aus Hamburg der K. Ztg. berichtet wird, ist der von Oesterreich, Preußen, Sachsen, und Hamburg bei der in voriger Woche dort wieder zusammengetretenen Elbschifffahrts-Revisions-Commission eingebrachte gemeinschaftliche Dresdener Vorschlag zur Regulirung des Elbzoll-Wesens von Hannover, Mecklenburg und Dänemark abgelehnt worden; denn wenn die Gegenerklärung vielleicht auch dahin lauten möge, man sei bereit, über den Dresdener Vorschlag weiter zu verhandeln, allein gleichzeitig solche Modificationen vorweg als nothwendig bezeichnet werden, welche, nur unwesentliche Bestimmungen des Vorschlages beibehaltend, die hauptsächlichen Grundlagen desselben völlig abändern und den früheren Hannover-Mecklenburgischen Antrag auf Capital-Abfindung wieder herstellen wollen, so läuft das auf Ablehnung hinaus.

Die Kasseler Ständeversammlung ist am 30. v. M. Namens des Kurfürsten durch den Minister von Stiernberg eröffnet worden. Die Eröffnungsrede erklärt, daß den Ständen nur ein neues Wahlgesetz vorgelegt werden würde und daß Weiteres vorbehalten bleibe. Nach erfolgter Beeidigung legte der Landtags-Commissar den Wahlgesetzentwurf vor, womit die öffentliche Sitzung geschlossen wurde.

Frankreich.

Paris, 29. October. Die „Patrie" erklärt, das Toulonner Geschwader sei noch nicht nach Griechenland ausgelaufen; andere Blätter meinen, das werde am Ende der Woche geschehen. Der zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Hofe zu Stockholm ernannte Herr Fournier war mehrere Jahre erster Botschafts - Secretär in Petersburg und dann während einer achtmonatlichen Abwesenheit des Gesandten Duc de Montebello vom November 1861 bis August 1862 als Geschäftsträger accreditirt. Der Artikel im Januarhefte der Revue des deux mondes über Rußland („la Russie sous Alexandre II.", gezeichnet von Herrn Mazade), wird Hrn. Fournier zugeschrieben, obwohl er selbst Freunden gegenüber jede Autorschaft in Abrede stellte. Seit der Rückkehr Mon-

tebello's auf seinen Posten, d. h. seit 2½ Monat, befindet sich Herr Fournier auf Urlaub in Frankreich. — Morgen findet das große Diner zu Chamarande Statt, welches der Kaiser und die Kaiserin mit ihrer Gegenwart beehren werden. Herr v. Persigny hat auch den Grafen Walewski und die General-Directoren im Ministerium des Innern dazu eingeladen. Zunächst soll, wie man wenigstens in der officiellen Welt annimmt, alles fernere Gerede von dem Fortbestehen einer Minister-Krisis dadurch beseitigt werden. Man versichert selbst in dieser Beziehung, daß Hr. v. Persigny in einem Rundschreiben seinen Präfecten anbefohlen habe, alle künftig in den französischen Blättern auftauchenden Gerüchte von ministeriellen Modificationen als „falsche Nachrichten" anzusehen und gerichtlich zu belangen. Wie man vernimmt, würde der Kaiser bei seinem morgigen Besuche in Chamarande dem Gr. Persigny den Herzogs-Titel verleihen. — Graf Flahault, französischer Gesandter in London, hat nun die von ihm nachgesuchte Entlassung von seinem Posten erhalten. Auf Wunsch des Kaisers bleibt er bis zur definitiven Uebernahme der Geschäfte durch seinen noch nicht ernannten Nachfolger im Amte. — Der Fürst Ypsilanti, der sich in Paris aufhält, tritt auch als Thron-Bewerber auf und belagert seit acht Tagen das Ministerium des Aeußeren. Der Fürst behauptet, er stammte mütterlicher Seits von Philipp von Macedonien ab!!

In Paris schöpfen die durch die Ernennung Drouin de Lhuys erschreckten Freunde Italiens neue Hoffnung. Der Grund, warum sie wieder aufathmen, ist indeß geringfügig genug und kein anderer als der neuliche Besuch des Kaisers und der Kaiserin bei Persigny auf des Letzteren Schlosse Chamarande. Früher sprach man bereits von dem Rücktritte Persigny's und dies Gerücht glaubt man durch den Besuch widerlegt.

Fürst Metternich, welcher am 29. Oct. in Paris angekommen ist, hat am 30. eine lange Unterredung mit Hrn. Drouyn de Lhuys gehabt.

Der Prinz und die Prinzessin Napoleon treffen morgen in Havre ein. Sie kommen von London. — Der französische Hof bleibt bis zum 4. Dec. in Compiegne. Unter den Gästen, die sich in diesem kaiserlichen Schlosse einfinden, befindet sich auch die Herzogin von Leuchtenberg. Nach dem Pays ist dies aber kein „griechischer" Besuch.

Die Zeitungsangabe, der Marschall Mac-Mahon sei mit einer besonderen Mission nach Berlin abgereist, ist irrig.

Nach der „France" wird der Hof in Compiegne, wohin er am 1. November sich begibt, fünf Wochen verweilen. Zu den Festen, welche daselbst stattfinden werden, sind fünf Reihen von Einladungen ergangen. Die erste Serie geht einige Tage nach der Ankunft des Hofes dahin ab. Unter den Eingeladenen sind auch einige gegenwärtig in Paris anwesende arabische Häuptlinge.

Eine officielle, auf der griechischen Gesandschaft in Paris angekommene Depesche der provisorischen Regierung zu Athen (von dem Minister des Aeußeren, Diamantopulos, unterzeichnet) besagt, daß die Revolution in ganz Griechenland gelungen, der Senator Bulgaris (also nicht Maurocordato) zum Chef der provisorischen Regierung ernannt und eine National-Versammlung einberufen worden sei, um eine neue Verfassung auszuarbeiten und einen neuen Souverain zu wählen.

Die japanesische Gesandtschaft, welche sich seit dem 15. October in Lissabon befindet, wird, wie der „Temps" meldet, am 23. Oct. ihre Rückreise nach Yeddo über Alexandria und Suez antreten.

Großbritannien.

London, 28. October. Die gesammte Geistlichkeit bereitet einen Schritt vor, um der Noth in Lancashire beizuspringen. Es liegt im Plane, an einem erst zu bestimmenden Sonntage in sämmtlichen Kirchen des Landes von der Kanzel herab zu Sammlungen aufzufordern, und man hofft auf diese Weise an Einem Tage eine namhafte Summe zusammenzubringen. — Unter den hiesigen Diplomaten geht neuerdings das Gerücht, daß Herr Nigra nicht lange mehr auf seinem Pariser Posten verbleiben werde. Daß Lord Palmerston ein eigenhändiges Gratulations-Schreiben an Herrn Drouin de Lhuys gerichtet haben soll, wird hier in Abrede gestellt. — Die „Times" veröffentlicht zwei Briefe, welche beide den Prinzen Alfred als die geeignetste Persönlichkeit für den griechischen Königsthron bezeichnen. Dieselbe traut den Griechen keine republicanischen Neigungen zu, meint aber, die Zahl der Thron-Candidaten werde keine allzu große sein.

Baron Thierry aus Oesterreich, der seit Kurzem in England verweilt, war die letzten Tage über in Southampton um den dortigen Hafen und die Docks zu besichtigen. Er war am 27. in Begleitung des Mayors, des Präsidenten der Handelskammer und anderer Herren auf einem Rundgange dieser Art begriffen gewesen und später bei einem Dejeuner anwesend, welches die Handelskammer und die Stadtbehörde ihm zu Ehren veranstaltet hatte. Während desselben ritt zufällig Lord Palmerston mit seinem Stiefsohne, dem hon. Mr. Cowper, am Hause vorbei, und da ihn einer der tafelnden Herren vom Fenster aus erblickt hatte, eilte die ganze Gesellschaft auf den Balcon, um ihn zu begrüßen. Der Premier hielt sein Pferd an und war auf die Einladung des Mayors gleich bereit, sich der Gesellschaft anzuschließen. Er begrüßte Herrn Baron Thierry aufs allerherzlichste und lud ihn ein, die Nacht in Broadlands zuzubringen (dieses Gut Lord Palmerstons liegt nur ein paar englische Meilen von Southampton entfernt). Diese Einladung wurde dankbar angenommen, und nun wurden einige Trinksprüche ausgebracht, bei denen sich der Premier mit gewohnter guter Laune betheiligte. Als Gast der Handelskammer beschränkte er sich auf Handelsthemata, sprach von den erfreulichen Resultaten des englisch-französischen Tractates und mit großer Wärme von den reichen Schätzen Oesterreichs an Bodenfrüchten und Mineralien, deren größere Verwerthung der lebhafteste Wunsch aller Derer sei, die der österreichischen Monarchie wohlwollen. Es fing schon zu dunkeln an, als der rührige Greis sich zum Heimritt anschickte. Baron Thierry blieb wohl zwei Tage bei ihm zu Gaste.

Der Earl von Ripon, Unter-Staatssecretär im englischen Kriegs-Ministerium, hat dieser Tage in einem ihm zu Ehren veranstalteten Meeting in der Provinz wiederholt die Erklärung abgegeben, daß die britische Regierung nicht daran denke, vorerst auch nur ein Haar breit von ihrer bisher streng eingehaltenen Neutralitäts-Politik America gegenüber abzuweichen.

Vor einigen Monaten wurde bekanntlich aus der Fabrik von Portal und Comp. zu Laveestoke in Hampshire eine solche Quantität zum Druck von Banknoten bestimmtes Papier gestohlen, daß sich die Behörde veranlaßt fand, einen Preis von 1500 Pfd. auf die Entdeckung der Diebe zu setzen. Die Sache war von der äußersten Wichtigkeit, da das Hauptgeheimniß der englischen Banknoten weder in der Schrift, noch in besonders angebrachten Zeichen, sondern in der Masse des Papiers besteht. Lange Zeit war keine Spur aufzufinden, und was man gefürchtet hatte, traf ein: es wurde bald eine enorme Menge falscher auf ächtes Papier gedruckter Fünf- und Zehnpfundnoten verbreitet und die Londoner Bank selbst außerordentlich häufig angeführt. Endlich jedoch scheint es den Detectives, welche Tag und Nacht auf der Lauer waren, gelungen zu sein, vorläufig wenigstens einige der Theilnehmer festzunehmen, da man vor einigen Tagen zu Birmingham einen Mann in dem Augenblick, wo er Banknoten auf gestohlenes Papier druckte, überraschte und in seinem Zimmer nicht allein eine bedeutende Anzahl fertiger Noten, sondern auch eine kleine Quantität des fraglichen Papiers vorfand. Zu gleicher Zeit wurden dort noch ein und in London zwei Betheiligte verhaftet, und man hat nach den vorläufigen Aussagen der Beamten Aussicht, sowohl die ganze Fälscherbande aufzuheben, als auch, und das ist die Hauptsache, in den Besitz des vermißten Papieres zu kommen. Einige der falschen Zehnpfundnoten sind E—M 9146 numerirt und London, March 26, 1862 datirt. Die Buchstaben und Zahlen sind verschieden, da einige der Zehnpfundnoten auch 1860 datirt sind. Sämmtliche Fünfpfundnoten jedoch haben das Datum „26 March 1862."

Italien.

Ratazzi will dem Parlamente, heißt es in einem Turiner Schreiben der K. Z. vom 29. v. Mts., in bestimmtester Form die Vertrauensfrage stellen. Es sind noch nicht viele Deputirte hier angekommen, aber im Allgemeinen kann man doch schon voraussehen, daß das Cabinet keine brillante Majorität erringen wird. Wenn es den Sturm auch überstehen sollte, so wird die Aufnahme neuer Elemente sich ihm als erste Nothwendigkeit ergeben.

Die Turiner Regierung will Lafarina nach Griechenland senden mit dem Auftrage, die provisorische Regierung von der Candidatur des zweitgeborenen Sohnes Victor Emanuels abzurathen.

Eine Correspondenz aus Neapel in der „Italie" spricht von einer Versammlung einiger neapolitanischer Abgeordneten, in welcher der Beschluß gefaßt worden sei, die Verlegung des Regierungssitzes von Turin nach einer andern Stadt vorzuschlagen. Andere zahlreichere Versammlungen werden unter dem Vorsitz des Senators Vacca zu dem Zwecke in Neapel stattfinden, das Ministerium zu unterstützen. Man sei in Neapel allgemein der Ansicht, daß das Cabinet ein Vertrauensvotum erhalten werde. In Folge hiervon hält sich die italienische Rente in Neapel über den Coursen von Paris und Turin.

Von dem Rücktritt des Mjgr. Merode ist nach Corr. der „Union" keine Rede.

Während Dr. Bertani in einem an den ersten Wundarzt Italiens, Dr. Porta, gerichteten Schreiben das Resultat seiner am 17., 18. und 19. October an der Wunde Garibaldi's angestellten Untersuchungen widerlegt und sich für die Amputation als einziges Rettungsmittel ausspricht, soll sich der berühmte französische Chirurg Nelaton mit der bisherigen Behandlung Garibaldi's einverstanden erklärt, die Vornahme einer Amputation unnöthig befunden und für die Wiederherstellung eine günstige Prognose gestellt haben. Eine große Consultation war auf den 29. October anberaumt, von der die gestrige Depesche gemeldet.

Die „Stampa" bringt wiederholt die Nachricht, daß ein ministerieller Abgeordneter die provisorische Verlegung der Hauptstadt nach Neapel vorzuschlagen beabsichtige. Wie der Italie versichert wird, hat sich die Königin von England der Reise ihres Sohnes, des Prinzen von Wales, nach Neapel und Palermo widersetzt. Der Prinz von Preußen wird, wie es heißt, seine Reise nach Neapel bis zur demnächst erwarteten Ankunft des Königs Victor Emanuel in dieser Stadt verschieben.

In Neapel macht sich Prinz Murat abermals bemerklich und diesmal operirt er mit großen Mitteln. Er hat nämlich nach den Südprovinzen eine Invasionsarmee von 160,000 Photographien seiner eigenen werthen Persönlichkeit gesandt und zu jeder Photographie gehört ein Exemplar eines neuen Briefes an den „lieben Herzog." Dieser Brief wiederholt natürlich nur das alte Lied. Mit dieser Sendung haben die Agenten die Weisung erhalten, in Neapel selbst keine Vertheilung zu veranstalten, sondern die sämmtlichen Porträts ausschließlich in den Provinzen zu verbreiten; für Neapel sei etwas anderes im Werke.

Der „Independente", das von Alexander Dumas in Neapel redigirte Blatt, bringt eine an Europa gerichtete Proclamation der sogenannten griechisch-albanesischen Junta, in welcher erklärt wird, Albanien stehe am Vorabende der Revolution.

Der Proceß der Dolchmänner, schreibt man aus Palermo vom 20. October, ist so weit beendet, daß man denselben schon in den ersten Tagen des November vor die Geschwornen bringen zu können hofft. Die Palermitaner sind wüthend über die Angeklagten und erwarten mit Ungeduld ein strenges Urtheil. Aus den von den Gefangenen gemachten Enthüllungen geht hervor, daß auf der ganzen Insel eine weit verzweigte Verschwörung bestand, welche an dem gleichen Tage überall losbrechen und die gegenwärtige Regierung stürzen sollte. Bourbonisten, Muratisten und Separatisten für eine englische Occupation hatten sich zu diesem Zwecke mit einander verbündet. Dem geheimen Comité, welches durch seine Proclamationen die Stadt in Aufregung zu erhalten suchte, ist man jetzt endlich, nach vielen vergeblichen Anstrengungen, auf die Spur gekommen.

Im Neapolitanischen nimmt das Räuberunwesen täglich ab. Die Zahl der in der Capitanata in den letzten Tagen sich einstellenden Briganten beläuft sich bis jetzt auf 170. Auch an der römischen Grenze ist es ruhig.

Rußland.

Das frühere Gerücht, daß der Minister-Staatssecretär für das Königreich Polen in St. Petersburg, der wirkl. Geh. Rath Tymowski, seines hohen Alters wegen aus dem Staatsdienste scheiden werde, bestätigt sich, und ist, wie man versichert, der Finanzminister des Königreichs, der Geh. Rath Łęski, bereits zu seinem Nachfolger ernannt worden. Die Protocolle der Warschauer Staatsrathssitzungen sollen von nun an auf höhern Befehl officiell stets veröffentlicht werden. Großfürstin Helene ist von Dresden in Warschau eingetroffen, Generaladjutant und General der Artillerie Merchelewitsch, der in letzter Zeit auch als Generalgouverneur von Warschau fungirte, nach mehrjährigem Aufenthalt nach St. Petersburg zurückgekehrt.

Wie der „Czas" meldet, ist in der Sitzung des Staatsraths in Warschau am 23. October der Antrag zur Verhandlung gekommen, daß jeder Verhaftete binnen 24 Stunden von der Ursache seiner Verhaftung in Kenntniß gesetzt und innerhalb 3 Tagen vor den Richter gestellt werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und vermuthlich stimmte auch der präsidirende Großfürst-Statthalter dafür. Der gesetzliche Erlaß wäre hierüber in Kurzem zu erwarten.

Der Warschauer „Dziennik" publicirte am 30. v. M. einen Artikel über die Umtriebe eines revolutionären Central-Comités. Präsident sei Mierosławski; der Hauptzweck bestände in einer Steuerauflage zu einer Fondssammlung: die Vermögenssteuer halbprocentig, die Einkommensteuer fünfprocentig.

Für die Warschauer Hochschule ist nun auch ein Universitätsrichter ernannt und dazu der Friedensrichter Otto Fischer gewählt worden. Der botanische Garten auf dem Wege nach Łazienki, und von Schloß Belvedere nur durch die Chaussee getrennt, wird zweckentsprechender eingerichtet, da er bis jetzt seiner eigentlichen Bestimmung wenig entsprach und zumeist nur als einer der schöneren Spazierorte für das feinere Publikum galt. Zur Organisation desselben ist ein besonderes Comité niedergesetzt worden. Zum Director der wieder hergestellten Statthalterei-Kanzlei ist der Wirkl. Staatsrath Szwezow ernannt worden. Wie der „Kurjer" mittheilt, soll begründete Aussicht vorhanden sein, daß eine Eisenbahn-Verbindung zwischen Posen und Warschau über Szroda, Kutno, Łowicz zu Stande kommt. Durch das andauernde trockene Wetter ist der in diesem Sommer auf der Weichsel ohnehin klein gewesene Wasserstand ein so niedriger geworden, daß die königliche Versicherungs-Direction schon seit einiger Zeit sich veranlaßt gesehen hat, alle Wassertranspor versicherungen einzustellen. Für den Weichselbrückenbau, der Mitte 1864 beendigt werden soll, war dagegen der niedrige Wasserstand von großem Vortheil, und bei dem anhaltenden schönen Herbstwetter wird rüstig an diesem kolossalen Werke fortgearbeitet. Auch aus Wolhynien schreibt man von so großer Trockenheit, daß alle Wassermühlen in der Gegend von Owrucz still stehen und die kleinen Flüsse in der Gegend ganz ausgetrocknet sind.

Die Warschauer Judenschaft hat beschlossen, die Majoritätsdifferenz zwischen den christlichen und jüdischen Repräsentanten der Kaufmannschaft dadurch auszugleichen, daß sechs jüdische Repräsentanten ihre Mandate niederlegen. Bei der Neuwahl werden sechs christliche Repräsentanten von den Israeliten unterstützt werden.

Der „Kurjer Warszawski" bringt die Beschreibung einer Wallfahrt mehrerer polnischer Bauern aus dem Königreich nach Rom, um dem h. Vater ihre Gaben selbst zu überbringen. Eine arme Wittwe übereichte selbst einen Ducaten, welcher mit herzlichem Danke angenommen wurde.

Russische Privatbriefe, die nach dem „Fr. J." in Wiesbaden angelangt sind, bestätigen die in russischen Zeitungen bereits mitgetheilte Nachricht, daß das russische Gouvernement die Güter der Wsevoloiski'schen Familie eingezogen hat, um die Forderung der Krone Rußlands an diese Familie und deren nicht unbedeutende in Deutschland, Frankreich, Italien und Rußland contrahirte Schulden mit dem Erlöse der zu versilbernden Güter zu bezahlen.

In letzter Zeit sind im Kaukasus Unruhen ausgebrochen und man lebt daselbst keineswegs auf friedlichem Fuße. Immer häufiger werden Fahrzeuge mit Contrebande und mit Waffen genommen; immer häufiger werden Kreuzer-Fahrten und Landungen unternommen. Schon im August nahm die Corvette Ryon ein Fahrzeug mit vielen Waffen und mit Pulver, auf welchem sich 53 Bergbewohner befanden, die aus Constantinopel zurückkehrten.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 4. November.

* In der abgelaufenen Woche wurden neun Schlußverhandlungen vorgenommen und zwar: eine wegen Störung der öffentlichen Ruhe, eine wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit, eine wegen Betrug, fünf wegen Diebstahl, eine wegen Wucher.

Wegen Störung der öffentlichen Ruhe begangen durch eine aufreizende regierungsfeindliche Predigt, war Josef Radecki, Pfarrvicar aus Rzeszów, unter der Anklage, derselbe wurde über Antrag des Staatsanwaltes von einer Anklage wegen Mangels rechtlicher Beweise freigesprochen; der Angeklagte hat die Berufung im Zwecke der Erwirkung der Schuldlossprechung angemeldet.

Das Oberlandesgericht hat dem in erster Instanz am 19. August v. J. wegen Störung der öffentlichen Ruhe zu einmonatlichem Kerker verurtheilten Bobreker Pfarrvicar Peter Nowak über Berufung des Staatsanwaltes die Strafe auf sechswöchentlichen Kerker erhöht.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

Breslau, 1. November. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silbergroschen = 5 kr. öst. W. außer Agio):

	bester	mittler.	schlecht.
Weißer Weizen	80 — 82	76	70 — 74
Gelber „	76 — 78	74	70 — 72
Roggen	56 — 58	55	53 — 54
Gerste	41 — 44	40	37 — 38
Hafer	26 — 27	25	23 — 24
Erbsen	53 — 56	51	48 — 50
Rübsen (für 150 Pfd. brutto)	232 —	220 —	203
Sommerraps	— —	— —	—

Rzeszów, 31. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Metzen Weizen: 3.87½ — Korn 2.52 — Gerste 1.95 — Hafer 1.17½ — Erbsen 2.75 — Bohnen 2.— — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Kukurutz —.— - Erdäpfel —.80 — Eine Klafter hartes Holz 8.70 — weiches 6.— — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh —.80.

Tarnów, 29. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österreich. Währung): Ein Metzen Weizen 4.10 — Roggen 2.70 — Gerste 2.10 — Hafer 1.20 — Erbsen 3.20 — Bohnen 2.50 — Hirse 2.20 — Buchweizen 2.15 — Kukurutz —.— — Erdäpfel —.70 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Futterklee 1.45 — Der Zentner Heu 1.30 — Ein Zentner Stroh —.70.

Bochnia, 30. October. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österr. Währ.): Ein Metzen Weizen 4.50 - Roggen 2.63 — Gerste 2.25 — Hafer 1.75 — Erbsen —.— Bohnen —.— — Hirse—.— — Buchweizen—.— — Kukurutz —.— — Erdäpfel 1.— — 1 Klafter hartes Holz 10.— — weiches 7.50 Futterklee —.— — 1 Zentner Heu 1.20 — 1 Zentner Stroh —.—.

Biala, 31. October. Marktpreise in österr. Währ.: Ein Metzen Weizen 4.59 — Roggen 2.93 — Gerste 2.97 — Hafer 1.33 -- Kukurutz —.— — Erdäpfel —.— — Eine Klafter hartes Holz —.— — weiches —.— — Ein Zentner Heu —.96 Stroh 1.10.

Preise der polnischen Producte in Wien
vom 23. bis 29. October 1862 in fl. öst. W.

	von	bis
Galizische Hadern: für 1 Zentner weiße mit halbweißen	7.25	7.75½
Fußhadern	5.25	5.75
Ordinäre Packhadern	3.50	4.50
Blaue Leinen-Hadern gemischt mit Baumw.	4.—	5.50
Cattun-Hadern	—.—	—.—
Roher polnischer Hanf	16.50	18.50
„ „ „ gehechelter	22.—	27.50
Roher polnischer Flachs	18.—	22.50
„ „ „ gehechelter	26.50	33.50
Polnischer Honig	—.—	—.—
Poln. Ochsenhörner ohne Sortirung für 1000 Stück	—.—	—.—
1 Zentner gereinigter rother Klee	—.—	—.—
Natürlicher roth. Klee	—.—	—.—
Weißer Klee	—.—	—.—
Polnische Ochsen-Häute naß sammt Hörnern das Pf.	—.27½	—.28½
Poln. Kalbsfelle mit dem Kopf der Ctr.	80.—	85.—
Galizischer Terpentin	42.—	—.—
Poln. ord. (Zackel)-Wolle	56.—	—.—
Wiśniczer Schweinsborsten, Mustergattung	280.—	285.—
Weiße Wisn.Schw.-Borsten	160.—	170.—
Jaworower Schweinsborsten, Mustergattung	290.—	295.—
„ „ vorzüglichste	200.—	205.—
„ „ ausgezeichnete	165.—	170.—
„ „ mittlere	80.—	85.—
„ „ schlechtere	90.—	95.—
Mielecer Schweins-Borsten	120.—	125.—
30 bis 33 grädiger Spiritus trans. (für 1 G.)	—.—	—.53
Rectificirter 30 grädiger Sp. transito	—.52	—.60
Tarnopoler Wachs der Ctr.	—.—	—.—

Wien, 30. October. National-Anlehen zu 5% mit Jänner-Coup. 81.77 Geld, 81.95 Waare, mit April-Coup. 81.60 Geld, 81.70 Waare. — Neues Anlehen vom J. 1860 zu 500 fl. 88.— Geld, 88.20 Waare, zu 100 fl. 90.15 G., 90.25 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 70.50 G., 71.— W. — Aktien der Nationalbank (pr. Stück) 777 G., 776 W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Währ. 220.50 G., 220.60 W. — der Kaiser Ferdinand Nordbahn zu 1000 fl. CM. 1848 G., 1850 W. — der Galiz-Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl. C.-Mze. mit Einzahlung 224.75 G., 225.— W. — Wechsel (auf 3 Monate): Frankfurt a. M., für 100 Gulden südd. W. 102.15 G., 102.20 W. — London, für 10 Pfd. Sterling 122.15 G. 122.25 W. — K. Münzdukaten 5.83 G., 5.83½ W. — Kronen 16.80 G., 16.83 W. — Napoleond'or 9.76 G., 9.77 W. — Russ. Imperiale 10.02 G., 10.03 W. — Vereinsthaler 1.83 G., 1.83½ W. — Silber 122.— G., 122.25 W.

Krakauer Cours am 3. Novbr. Neue Silber-Rubel Agio fl. p. 108 verlangt, fl. p. 107 gez. — Poln. Banknoten für 100 fl. österr. Währung fl. poln. 374 verlangt, 368 bezahlt. — Preuß. Courant für 150 fl. österr. Währung Thaler 83½ verlangt 82½ bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währ. 121½ verlangt, 120½ bez. — Russische Imperials fl. 10.02 verlangt, fl. 9.87 bezahlt. — Napoleond'ors fl. 9.71 verlangt, 9.56 bezahlt. — Vollwichtige holländische Dukaten fl. 5.76 verlangt, 5.68 bezahlt. — Vollwichtige österr. Rand-Dukaten fl. 5.82 verlangt, 5.74 bezahlt. — Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. p. 100¾ verl., 100¼ bezahlt. — Galiz. Pfandbriefe nebst l. Coupons in österr. Währung 81¾ verl, 81 bezahlt. — Galizische Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in Convent.-Münz. fl. 85½ verlangt, 84¾ bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währ. fl. 71½ verl., 70¾ bezahlt. — National-Anleihe von dem Jahre 1854 fl. österr. Währ. 82 verlangt 81 bezahlt. — Actien der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons voll eingezahlt fl. österr. Währung 226½ verl., 22.½ bezahlt.

Neueste Nachrichten.

Von der polnischen Grenze, 1. November, wird dem Wolffschen Tel. Bur. gemeldet: In Folge der letzten Entdeckungen wurden unter dem Handwerkerstande in Warschau zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Einem in Warschau circulirenden Gerüchte nach dürfte man der Ankunft des Kaisers daselbst in nächster Zeit entgegensehen. Es hieß auch, daß im künftigen Jahre gar keine Conscription stattfinden solle.

Bei Schluß des Blattes war uns die neueste Post noch nicht zugekommen.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

Amtsblatt.

Nr. 3851. **Kundmachung.** (4276. 1–3)

Bei der am 31. October 1862 erfolgten neunten Verlosung der Grundentlastungs-Schuldverschreibungen des Großherzogthums Krakau wurden zur Rückzahlung gezogen.

Schuldverschreibungen mit Coupons:

über **50 fl.**

Nr. 41, 45 und 75.

über **100 fl.**

Nr. 31, 252, 360, 423, 452 und 900.

über **500 fl.**

Nr. 193.

über **1000 fl.**

Nr. 159, 185, 475, 630 und 730 mit dem Theilbetrage von 750 fl.

über **5000 fl.**

Nr. 7 17.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den verlosten Capitalsbeträgen sechs Monate vom Verlosungstage an gerechnet, bei der k. k. Grundentlastungsfondskasse in Krakau unter Beobachtung der dießfalls bestehenden Vorschriften ausbezahlt, welche Kasse zugleich über den unverlosten Theil der Schuldverschreibung Nr. 730 über 1000 fl., neue Schuldverschreibungen im Nominalwerthe von 250 fl. ausstellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate vor dem Einlösungszeitpuncte, werden die verlosten Schuldverschreibungen auch von der priv. österr. Nationalbank in Wien escomptirt.

Ferner werden in Folge Erlasses des hohen k. k. Ministerium des Innern vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die am 30. October 1858, 30. April und 31. October 1859, endlich am 30. April und 31. October 1861 verlosten, und seit den Rückzahlungsterminen, daß ist seit 1. Mai und 1. November 1859, 1. Mai 1860, 1. November 1861 und 1. Mai 1862 nicht eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

A) die am 30. October 1858 verlosten Schuldverschreibungen mit Coupons
über 100 fl. Nr. 602,
über 1000 fl. Nr. 139,
über 5000 fl. Nr. 22.

B) die am 30. April 1859 verlosten Schuldverschreibungen mit Coupons
über 100 fl. Nr. 249,
über 1000 fl. Nr. 122.

C) die am 31. October 1859 verloste Schuldverschreibung mit Coupons
über 500 fl. Nr. 60 mit dem Theilbetrage von 400 fl.

D) die am 30. April 1861 verlosten Schuldverschreibungen mit Coupons
über 100 fl. Nr. 26 und 85,
über 500 fl. Nr. 12 und

E) die am 31. October 1861 verloste Schuldverschreibung mit Coupons
über 50 fl. Nr. 61

neuerdings mit der Verwarnung kundgemacht, daß die Verzinsung der unter A) erwähnten Schuldverschreibungen mit 1. Mai 1859, jener unter B) mit 1. November 1859, jener unter C) mit 1. Mai 1860, jener unter D) mit 1. November 1861 und jener unter E) mit 1. Mai 1862 aufgehört hat, und daß falls dennoch die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite der priv. österreichischen Nationalbank eingelöst werden sollten, die dießfälligen Beträge vom Capitalsbetrage bei Auszahlung desselben eingebracht werden.

Von der k. k. Grundentlastungs-Fonds-Direction.

Krakau, am 31. October 1862.

Vorschrift (4263. 2–3)

Copie ad Nr. 14919/762.

über den Transport von Großhornieh auf Eisenbahnen und über die Reinigung der dazu verwendeten Waggons zur Zeit ansteckender Hornvieh-Seuchen.

Das Staats-Ministerium findet im Vernehmen mit dem k. k. Ministerium für Handel und Volkswirthschaft zu verordnen:

A. betreffend den Hornvieh-Transport auf Eisenbahnen:

1. Während des Herrschens ansteckender Seuchen, insbesondere der Rinderpest, darf das für größere Märkte bestimmte Schlachtvieh nur auf Eisenbahnen transportirt werden.

2. Das streckenweise Verladen des Schlachtviehes ist nicht gestattet, dasselbe muß vielmehr in einem Zuge an seinen Bestimmungsort gebracht werden.

Tritt beim Transporte auf längeren Strecken oder im Falle des Schadhaftwerdens einzelner Eisenbahnwaggons oder aus anderen (den Bahnbetrieb betreffenden) Gründen die unbedingte Nothwendigkeit einer Umladung nur auf eingefriedeten Plätzen geschehen und es muß hiebei jede Berührung der als gesund oder verdächtig ausgewiesenen einzelnen Partien unter einander, so wie mit andern nicht zu demselben Zuge gehörigen Vieh vermieden werden.

3. Die zur Approvisionirung der längs der Bahnen gelegenen Orte erforderlichen Abverkäufe vom aufgegebenen Schlachtvieh sind nur an den von den Behörden bezeichneten Stationen und unter genauer Beobachtung der hiefür festgesetzten Vorschriften gestattet.

4. Die zum Transporte aufgetriebenen Heerden müssen mit den vorgeschriebenen Gesundheitszertifikaten versehen sein.

Ohne Gesundheitszertifikat oder mit einem Zertifikate, welches für eine kleinere als die wirklich vorhandene Stückzahl Viehes ausgefertigt ist, findet ein Transport auf Eisenbahnen, nicht statt.

Sollten die beigebrachten Zertifikate auf eine größere Stückzahl, als wirklich vorhanden, lauten oder die darin enthaltene Angabe mit der Art der Thiere nicht übereinstimmen, so müssen solche Heerden abgesondert verladen, wenn möglich nach Wien, sonst aber nur in die Landeshauptstädte gebracht, an diesem Bestimmungsorten aber angelangt, auf die hiefür bestimmten Plätze (in Wien in die zu diesem Behufe vorhandenen Stellungen und Schlachthäuser) jedoch erst nach dem vollständigen Abtriebe des übrigen mit demselben Zuge angelangten Schlachtviehes, geschafft werden.

Die dadurch allenfalls veranlaßten Mehrauslagen hat der Eigenthümer zu tragen.

5. Zur Zucht, Milchnutzung, Mast oder zum Zuge bestimmtes Hornvieh darf zur Zeit des Herrschens der Rinderpest unter keiner Bedingung in die für Schlachtvieh benützten Waggons gebracht werden, es sind vielmehr für jenes eigene Transportmittel bereit zu halten, wogegen die Eisenbahngesellschaften berechtigt sind, für derartige Transporte eine höhere, jedoch billig bemessene und sogleich beim Beginne des Seuchenausbruches bekannt zu gebende Tarifgebühr in Anwendung zu bringen.

Die mit Thieren obiger Arten beladenen Waggons sind jederzeit von dem Schlachtviehe fernzuhalten und sind jene Thiere, wenn sie an einer und derselben Station mit letzterem ausgeladen werden sollen, zuerst abzutreiben.

6. Die von Seuchencommissionen zum Transporte auf Eisenbahnen übergebenen, in angesteckten Stallungen gestandenen Rinder müssen mit den nöthigen Zertifikaten versehen werden, in welchen die beim Transporte und beim Abtriebe von den Bahnen zu beobachtenden Vorsichten genau vorgezeichnet sind.

Die für sie benützten Waggons müssen auf der Abgabsstationen vorschriftsmäßig gereinigt werden; die Kosten der Reinigung hat der Eigenthümer oder nach Umständen das Aerar zu tragen, was auf den beigegebenen Zertifikaten ebenfalls zu bemerken ist.

7. Gegen diejenigen, welche diesen Bestimmungen zuwider handeln, oder die Verheimlichung des Herrschens einer Seuche in den Orten, aus welchen die zur Transporte übergebenen Viehtriebe stammen, oder einer unter denselben vorgekommenen Erkrankung sich zu Schulden kommen lassen, wird nach Vorschrift der §§. 400—402 des Strafgesetzes vorgegangen werden.

B. betreffend der Reinigung der zum Viehtransporte benützten Waggons:

1. Alle Waggons, welche zum Transporte von Großhornvieh verwendet werden, sind in jenen Stationen, in welchen die Thiere auswaggonirt werden, sogleich in der Art von den Taglöhnern der Bahn zu reinigen, daß der Mist und andere Unreinigkeiten mittelst stumpfer Stallbesen sorgfältig entfernt werden.

2. Jene Waggons, rücksichtlich welcher ermittelt ist, daß in ihnen mit ansteckenden Krankheiten behaftete oder derselben mit Grund verdächtige Thiere befördert wurden, müssen nach Entfernung derselben sogleich in der Art gereinigt werden, daß alle Stände im Innern, sowie der Boden, ferner alle übrigen mit den Thieren in Berührung gekommenen Gegenstände, namentlich die Futterkästen mit siedend heißem Wasser und später nachdem sie an der Luft getrocknet sind, mit siedend heißer Lauge abgebrüht, und abgerieben werden.

Die Ueberwachung der Durchführung dieser Reinigung obliegt den politischen Organen.

3. Vor der Reinigung der Waggons, in welcher mit ansteckenden Krankheiten behaftete Thiere befördert wurden, dürfen dieselben zu keinem anderen Zwecke verwendet werden.

4. Ergibt sich bei dem mittelst der Eisenbahn transportirten Viehes erst nach dem Abtriebe von der Bahn, jedoch noch innerhalb der Incubationsperiode, die Gegenwart einer ansteckenden Krankheit, so haben die politischen Organe die Reinigung der infizirten Waggons insofern sich dieselben mit Sicherheit ausmitteln lassen, anzuordnen und sich nach Thunlichkeit von dem Vollzuge derselben die Ueberzeugung zu verschaffen.

5. Wird aus einem Seuchenorte seuchenverdächtiges Vieh über Anordnung einer Seuchencommission in größere Städte zur Schlachtung mittelst der Eisenbahn transportirt, so fallen die billig zu berechnenden Kosten der Reinigung der infizirten Waggons dem Vieheigenthümer oder unter bestimmten Umständen dem Aerar, in allen übrigen Fällen aber den Bahnverwaltungen zur Last. Nach der vollständigen Reinigung, Lüfterung und Trocknung der infizirten Waggons können diesen unbeanständet wieder zum Viehtransporte verwendet werden.

Wien, am 10. October 1862.

N. 1755 jud. **Edict.** (4249. 2–3)

Vom k. k. Bezirksamte als Gerichte zu Wieliczka wird bekannt gemacht, daß zur der nach dem laut hiergerichtlichen Beschlusse vom 18. August 1861 Z. 1349 für todt erklärten Anton Josef zw. N. und Carl Andreas zw. N. Schmidt hiergerichts eingeleiteten Verlaßabhandlung auch Carl Schuster nach dem Gesetze zur Erbschaft berufen ist.

Da dem Gerichte der Aufenthalt desselben unbekannt ist, so wird derselbe aufgefordert, sich binnen einem Jahre vom unten gesetzten Tage an bei diesem Gerichte zu melden und seine Erbserklärung anzubringen, ansonst der die Verlassenschaft mit dem sich angemeldeten Erben und mit dem für ihn bestellten Curator Hr. Josef Szczepański abgehandelt werden würde.

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Wieliczka, am 15. October 1862.

N. 7962. **Licitationskundmachung.** (4278. 2–3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction zu Wadowice wird bekannt gemacht, das wegen Verpachtung der Verz.-Steuer vom Wein- und Fleisch-Verbrauche in den nachbenannten Pachtbezirken auf die Dauer von 3 Jahren das ist vom 1. November 1862 bis Ende October 1865 jedoch mit Vorbehalt des Rechtes der wechselseitigen Aufkündigung vor dem Ausgange eines jeden Verw.-Jahres die öffentlichen Versteigerungen an den nachstehend bezeichneten Tagen werden abgehalten werden:

			a. Wein fl		b. Fleisch fl.
Am 5. November 1862 Vormittags					
Pachtbez.	Andrychau	Ausrufspr.	502	—	2013
„	Skawina	„	362	—	1708
„	Myslenice	„	490	—	1239
Am 5. November 1862 Nachmittags					
Pachtbez.	Spytkowice ad Zator		112	—	357
„	Kenty	Ausrufspr.	—	—	3098
„	Sucha	„	—	—	1003
Am 6. November 1862 Vormittags					
Pachtbez.	Maków	Ausrufspr.	—	—	1058
„	Marcyboręba	„	—	—	294
„	Wadowice	„	1075	—	—

Es werden auch schriftliche Offerten angenommen, welche jedoch längstens vor dem Beginne der mündlichen Licitation bei dem Vorsteher dieser k. k. Finanz-Bezirks-Direction zu überreichen sind.

Die übrigen Licitations-Bedingnisse können hieramts, dann bei den k. k. Finanz-Wachcommissären zu Kalwarya und Saybusch eingesehen werden.

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction.

Wadowice, am 24. October 1862.

N. 11384. **Lizitations-Ankündigung.** (4279. 2–3)

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction in Tarnów wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß bei derselben wegen Verpachtung der Fleischverzehrungssteuer im Pachtbezirke Tarnów, dann der Weinverzehrungssteuer im Pachtbezirke Ryglice auf die Zeit vom 1. November 1862 bis Ende October 1865 unter den bereits früher angekündigten Bedingungen, bei derselben die 4. Licitation am 6. November 1862 Vormittags, werde abgehalten werden.

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direction.

Tarnów, am 24. October 1862.

N. 530. **Concurskundmachung.** (4252. 1–3)

Zur Besetzung der erledigten mit dem fixen Gehalte von jährlichen 300 fl. ö. W. verbundenen Stelle eines israelitischen Religionslehrers am k. k. vollständigen Gymnasium und der k. k. Hauptschule zu Tarnów wird hiemit der Concurs ausgeschrieben.

Bewerber haben ihre Befähigung für diesen Posten nachzuweisen und die Competenzgesuche beim gefertigten Gemeindevorstande bis Ende November 1862 zu überreichen.

Tarnów, am 30. October 1862.

Vorstand der israelitischen Cultus-Gemeinde

Josua Maschler. Fischel Ratz. Menke Wechsler.

N. 28208. **Erledigte Lehrkanzel.** (4282. 1–3)

An der k. k. technischen Lehranstalt in Brünn ist die Lehrkanzel der Mechanik und Maschinenlehre in Verbindung mit dem Unterrichte im Maschinenzeichnen, in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Dienstesstelle, womit eine Besoldung jährlicher Eintausend fünfzig (1050) Gulden öst. Währ. verbunden ist, haben ihre documentirten Gesuche, worin Alter, Vaterland und Geburtsort, Religion, Stand, bisherige Beschäftigung, wissenschaftliche Bildung, Befähigung zum Lehrfache, besonders in obigen Wissenschaftszweigen, dann sittliches und politisches Wohlverhalten, auszuweisen ist, bis Ende October 1862 hierorts einzureichen.

Von der k. k. mährischen Statthalterei.

Brünn, am 15. October 1862.

N. 11028. **Kundmachuug I.** (4281. 1–3)

Zur Sicherung des Transportes der Tabak-Fabriks- und theilweise der Tabak-Verschleißgüter im Sonnenjahre 1863 werden von der k. k. Central-Direction der Tabak-Fabriken- und Einlösungsämtern in Wien, Seilenstädte Nr. 958 an den in der besonderen Kundmachung II. näher bezeichneten Tagen des Monats November 1862 schriftliche, versiegelte mit dem Stempel von 36 Neukr. und mit den Quittungen über den Erlag der vorschriftsmäßigen Vadium versehene Offerte angenommen werden.

Die ausführlichen Bestimmungen sind aus der besonderen Concurrenz-Kundmachung II. vom heutigen Tage Z. 11028 zu entnehmen, welche die beiläufigen Frachtmengen, die einzelnen an den oberwähnten Tagen zur Verhandlung kommenden Transport-Routen und die Dauer der Vertrags-Zeit enthält und sammt dem Vertragsbedingungen während den gewöhnlichen Amtsstunden bei dem Expedite der k. k. Central-Direction bei den Oeconomaten der k. k. Finanz-Landes-Directionen, dann bei den Tabak-Einlösungs-Inspectorate, Tabakfabriken und Tabak-Einlösungsämter eingesehen werden kann.

Wien, am 26. October 1862.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Stunde	Barom.-Höhe auf in Parall. Linie 0° Reaum red.	Temperatur nach Reaumur	Specifische Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tage von	bis
3	2	331'''88	+ 8°2	68	Ost-Nord-Ost stark	trüb		+ 4°3	+ 9°8
	10	31 86	+ 4°8	78	„ „	„			
4	6	31 83	+ 3°3	87	Nord-Ost „	„	1/4 7" Regen		

Wiener - Börse - Berihct

vom 30. October.

Oeffentliche Schuld.

A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl.	65.25	65 50
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl.	81.70	81 80
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
Metalliques zu 5% für 100 fl.	70.65	70 75
dtto. „ 4½% für 100 fl.	61 50	61 75
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	135.–	135.50
„ 1854 für 100 fl.	89.25	89.50
„ 1860 für 100 fl.	90.—	90 20
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	17.75	18 —

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen

	Geld	Waare
von Niede. Osterr. zu 5% für 100 fl.	85.50	86 —
von Mähren zu 5% für 100 fl.	88.—	89.—
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87 75	88.50
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	83.50	84.50
von Tirol zu 5% für 100 fl.	89.—	90.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	—.—	86.50
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	71.50	72.—
von Temeser Banat 5% für 100 fl.	69.25	69.50
von Kroat. u. Sl. zu 5% für 100 fl.	71. —	71.50
von Galizien zu 5% für 100 fl.	70.25	71.—
von Siebenb. u. Bukowina zu 5% für 100 fl.	68.75	69.—

Actien (pr. St.)

	Geld	Waare
der Nationalbank	775.—	777.—
der Kreditanstalt für Handel und Gewerbe zu 200 fl. österr. W.	220.40	220.60
Nieder.-öster. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W.	623.—	625.—
der Kais.-Fer.-Nordb. zu 1000 fl. CM.	1848	1850
der Staas-Eisenbahn-Gesellsch. zu 200 fl. CM. oder 500 Fr.	240.50	241.50
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM.	154.75	155 25
der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM.	125.25	125.75
der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz.	147 —	147.—
der südl. Staats-, lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. Währ. oder 500 Fr. m. 180 fl. (90%) Einz.	271 50	272.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM.	224 75	225 25
der österr. Donaudampfschifffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM.	409 —	411.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM.	224.—	226.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM.	398 —	400.—
der Wiener Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft zu 500 fl. österr. Währ.	385.—	390.—

Pfandbriefe

		Geld	Waare
der Nationalbank auf CM.	6jährig zu 5% für 100 fl.	104.25	104.50
	10jährig zu 5% für 100 fl.	100.—	101.—
	verlosbar zu 5% für 100 fl.	88.25	88.50
der Nationalbank auf österr. Währ.	12monatlich zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
	verlosbar zu 5% für 100 fl.	84.30	84 50
Galiz. Kredit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.		—.—	81 —

Lose

	Geld	Waare
der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. österr. Währung	129.50	129.75
Donau-Dampfs.-Gesellsch. zu 100 fl. CM.	92 50	93.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.-M.	119.—	120.—
„ „ 50 „ „	52.—	53.—
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. öst. W.	36.—	36.50
Esterhazy zu 40 fl. CM.	98.—	99 —
Salm zu 40 „	37 —	37 50
Palffy zu 40 „	35.50	36.—
Clary zu 40 „	35.50	36.—
St. Genois zu 40 „	35.25	35.75
Windischgrätz zu 20 „	22. —	22.50
Waldstein zu 20 „	21 —	21 50
Keglevich zu 10 „	15 —	15 25

3 Monate.

Bank-(Platz-)Sconto

	Geld	Waare
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 3½%	103.—	103.20
Frankf. a. M., für 100 fl. südd. Währ. 3%	103.15	103.25
Hamburg, für 100 M. B. 3%	91.35	91.40
London, für 10 Pfd. Sterl, 2%	122.20	122 20
Paris, für 100 Franks 3½%	48 30	48 35

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl. kr.	fl. kr.	Letzter Cours Geld fl. kr.	Waare fl. kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	5 83½	5 82½	5 82	5 84
„ vollw. Dukaten	5 83½	5 82½	5 82	5 84
Krone	— —	— —	16 80	16 85
20Frankstück	9 78	9 75	9 75	9 77
Russische Imperiale	— —	— —	10 02	10 04
Silber	— —	— —	122 —	122 25

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krakau nach Wien 7 Uhr Früh, 3 Uhr 30 Min. Nachm. — nach Breslau, nach Warschau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen 8 Uhr Vormittags; — nach und bis Szczakowa 3 Uhr 30 Min. Nachm.; — nach Przemyśl 6 Uhr 15 Min. Früh; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm. — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von Wien nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von Ostrau nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von Granica nach Szczakowa 6 Uhr 30 M. Früh, 11 Uhr 27 Min. Vormittags, 2 Uhr 15 Minuten Nachmittags.

von Szczakowa nach Granica 11 Uhr 16 Min. Vormitt., 2 Uhr 26 Min. Nachmitt., 7 Uhr 56 Min. Abends.

von Przemyśl nach Krakau 9 Uhr Morgens.

von Lemberg nach Krakau 5 Uhr 20 Minuten Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft:

in Krakau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends; — von Przemyśl 7 Uhr 23 Min. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 15 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachmitt.; — von Wieliczka 6 Uhr 20 Min. Abends.

in Przemyśl von Krakau 4 Uhr 43 Min. Nachmitt.

in Lemberg von Krakau 8 Uhr 32 Minuten Früh, 8 Uhr 40 Minuten Abends.

Polnisches Theater in Krakau

unter Direction von Julius Pfeiffer.

Dinstag, am 2. November 1862.

Adel oder Reichthum.

Lustspieldichtung in 5 Acten von J. Korzeniowski.

Anfang um halb 7 Uhr.

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.